



Bundesnetzagentur

Bonn, 6. März 2024

Amtsblatt 05

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
29	Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen.....	138
30	Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk	142
31	SSB FL 028 – Schnittstellenbeschreibung für Sekundärradaranlagen (Interrogator)	148
	Energie	
32	Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Biomethananlagen des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	149
33	Verfahren zur Festlegung der Höchstwerte für die Ausschreibungen für Biomasseanlagen des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	149

Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
	Teil A	
	Mitteilungen der Bundesnetzagentur	
103	TKG § 12 Abs. 1 S. 2; Veröffentlichung der Stellungnahmen im Anhörungsverfahren zum Entwurf für eine Marktdefinition und -analyse betreffend den Markt für Dedizierte Kapazitäten (Markt Nr. 2 der Märkte-Empfehlung 2020) - BK1-23/002	150
104	TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192; Regulierungsverfügung für den Markt 1 betreffend die GlasfaserPlus GmbH	150
105	TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192; Regulierungsverfügung für den Markt 1 betreffend die Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG	150
106	TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192; Regulierungsverfügung für den Markt 3b betreffend die Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG	151

Mit-Nr.		Seite
107	TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192; Regulierungsverfügung für den Markt 3b betreffend die GlasfaserPlus GmbH	151
108	§§ 145 Abs. 2, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der MDCC Magdeburg-City-Com GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Gewährung offenen Netzzugangs zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und Telekommunikationslinien; hier: BK11-24-001	152
109	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze; hier: BK11-23-011	153
110	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag des Herrn Michael Rack (RSM Freilassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze zu fairen und angemessenen Bedingungen; hier: BK11-23-013	153
111	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-017	153
112	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-019	153
113	§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze; hier: BK11-23-020	153
114	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)	153
115	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)	154
116	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)	154
117	Nachträgliche Veröffentlichung einer Stellungnahme zu einem Antrag auf Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 73 Absatz 2 TKG zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze	155
 Energie		
Teil A		
Mitteilungen der Bundesnetzagentur		
118	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/047	156
119	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/048	156
120	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/049	156
121	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-19/047	157
122	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/047A01	157
123	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-15/0138W	157

Mit-Nr.		Seite
124	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/050	157
125	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/051	158
126	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/053	158
127	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/054	158
128	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-20/014	158
129	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-20/038	159
130	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/021	159
131	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-15/077A02	159

Regulierung

Telekommunikation

Vfg Nr. 29/2024

Antragsverfahren und Durchführung von Amateurfunkprüfungen

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2, § 4 Abs. 6, § 5 Abs. 5, § 6 Abs. 3 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Amateurfunkverordnung (AFuV) vom 21. Juni 2023 (BGBl. I Nr. 160) gelten ab 24. Juni 2024 folgende Einzelheiten zur Durchführung von Amateurfunkprüfungen.

Die Verfügungen Nr. 03/2007 und Nr. 04/2007 veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 02/2007 vom 24.01.2007 sowie die Verfügung Nr. 9/2005 und die Mitteilung Nr. 88/2005 veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 07/2005 vom 20.04.2005 werden mit Wirkung vom 23. Juni 2024 aufgehoben.

1 Allgemeines

Die Amateurfunkprüfungen werden von der zuständigen Stelle in der Bundesnetzagentur zentral für alle Prüfungsaußenstellen organisiert und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt. Die zuständige Stelle wird auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben. Prüfungen an externen Prüfungsorten sind mit der zuständigen Stelle zu vereinbaren. Die Bundesnetzagentur legt Zeitpunkt und Ort der Prüfung fest und lädt die zugelassenen Bewerber zur Prüfung ein.

Vor dem Beginn der Prüfung wird die Anwesenheit und Identität durch Vorlage eines Personalausweises oder eines amtlichen Lichtbildausweises in Kombination mit einer Meldebescheinigung der teilnehmenden Personen festgestellt und in der Prüfungsniederschrift vermerkt.

Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, die Anwesenheit bei der Prüfung gestatten. Die Prüfung ist von mindestens einer Person des Prüfungsausschusses ständig zu beaufsichtigen.

2 Einzelheiten zur Bestellung von Prüfern und Bildung von Prüfungsausschüssen

Die zuständige Stelle benennt für jeden Prüfungstermin einen Prüfungsausschuss, der aus einer oder einem Vorsitzenden und einem oder mehreren Beisitzern besteht. Die Entscheidung und Auswahl obliegt der zuständigen Stelle.

Anträge und Vorschläge zur Bestellung von Vorsitzenden und Beisitzern können von der Bundesnetzagentur, von Amateurfunkverbänden und -vereinen oder von Funkamateuren selbst gestellt werden. Die Auswahl der Anträge und Vorschläge zur Bestellung obliegt der Bundesnetzagentur. Bei der Auswahl gelten die Anforderungen nach § 6 Abs. 3 AFuV. Außerdem werden die Kriterien der Eignung und der regionale Bedarf an Prüfern berücksichtigt.

3 Antragsverfahren

Für die Zulassung zur Prüfung ist der im Folgenden beschriebene Antrag auf Zulassung zur Prüfung erforderlich. Die Zulassung zur Prüfung kann von der Entrichtung einer jeweiligen Gebühr abhängig gemacht werden.

Mit dem Antrag kann die Zulassung zur Erst- oder Wiederholungsprüfung und die Erteilung der entsprechenden Amateurfunkprüfungsbescheinigung beantragt werden. Außerdem kann auch die

Zulassung zu einer Zusatzprüfung beantragt werden. Zusatzprüfungen sind die Erweiterung von Klasse N nach E, N nach A oder von Klasse E nach A sowie die freiwillige Morseprüfung gemäß § 4 Abs. 7 AFuV.

Voraussetzung für die Teilnahme an einer Zusatzprüfung der Klasse N nach E bzw. N oder E nach A ist neben dem entsprechenden Antrag eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klassen N, 3 oder E bzw. eine von der Bundesnetzagentur als entsprechend anerkannte ausländische Prüfungsbescheinigung oder eine Genehmigung. Die Zulassung zur Zusatzprüfung kann von der Entrichtung einer jeweiligen Gebühr abhängig gemacht werden.

Als Prüfungsort kann eine der Prüfungsaußenstellen ausgewählt werden. Die zuständige Stelle in der Bundesnetzagentur kann weitere Prüfungsorte festlegen. Die Prüfungsorte werden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben.

Im Antrag ist neben den persönlichen Daten und dem gegebenenfalls bereits zugeteilten Amateurfunkrufzeichen auch der Wunschtermin für die Prüfung anzugeben. Die Prüfungstermine werden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur bekannt gegeben.

Der Antrag auf Zulassung zur Prüfung ist auf der Internetseite der Bundesnetzagentur verlinkt. Dieser soll vorrangig elektronisch, kann jedoch auch schriftlich gestellt werden. Bei Minderjährigen ist die Einverständniserklärung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

Nach Eingang des Antrages bei der zuständigen Stelle erhält der Antragsteller (bei Minderjährigen der gesetzliche Vertreter) einen Zwischenbescheid mit den erforderlichen Angaben für die Überweisung der Gebühren. Die Einladung zur Prüfung erfolgt durch die zuständige Stelle.

Der Wunsch zur Änderung des Prüfungstermins muss spätestens 14 Kalendertage vor dem in der Einladung angegebenen Termin bei der Bundesnetzagentur eingegangen sein. Die erstmalige Änderung des Prüfungstermins ist gebührenfrei.

Sollte die Prüfung bzw. Teile der Prüfung nicht bestanden werden, besteht die Möglichkeit nicht bestandene Prüfungsteile innerhalb von 24 Monaten nach Bekanntgabe des ersten Prüfungsergebnisses zu wiederholen. Der Antrag auf Zulassung zur Wiederholungsprüfung sollte mindestens acht Wochen vor Ablauf der 24-Monats-Frist gestellt werden. Nach Fristablauf kann die Prüfung nur vollständig als neue Erstprüfung abgelegt werden.

4 Verhinderung, Rücktritt von der Prüfung, Nichterscheinen zur Prüfung

Ist der Antragsteller zum genannten Prüfungstermin verhindert, so ist dies der zuständigen Stelle der Bundesnetzagentur unverzüglich mitzuteilen.

Kann der Antragsteller vor Beginn der Prüfung glaubhaft belegen, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Prüfung teilnimmt, gilt die Prüfung als nicht angetreten. In diesem Fall erhält der Antragsteller gebührenfrei eine neue Einladung.

Tritt der Antragsteller nach Beginn der Prüfung in einem oder in mehreren Prüfungsteilen von der Prüfung zurück, gelten die betroffenen Prüfungsteile als nicht bestanden. Nicht bestandene Prüfungsteile der schriftlichen Prüfung können entsprechend § 5 Abs. 3 AFuV wiederholt werden.

Erscheint der Antragsteller unentschuldigt nicht zur Prüfung, gilt die Prüfung als angetreten. Die betroffenen Prüfungsteile und das Gesamtergebnis der Prüfung gelten als nicht bestanden und der Antrag auf Erteilung der Amateurfunkprüfungsbescheinigung wird abgelehnt.

5 Prüfungshilfsmittel, Täuschung und Störung

Die Prüfungsteilnehmer werden vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsablauf, erlaubte Hilfsmittel und die Verfahrensweise bei Täuschungsversuchen und Störungen unterrichtet. Prüfungsteilnehmer, die unzulässige Hilfsmittel benutzen, täuschen, zu täuschen versuchen oder zu einem Täuschungsversuch eines anderen Prüfungsteilnehmers Beihilfe leisten, werden von der Prüfung ausgeschlossen.

Um den Anschein eines Täuschungsversuches zu vermeiden, sind elektronische Kommunikationsgeräte im Prüfungsraum grundsätzlich auszuschalten.

Prüfungsteilnehmer, die den Prüfungsablauf stören, können von der Prüfung ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über den Ausschluss trifft die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht bestanden.

6 Prüfungsinhalte und Anforderungen bei der fachlichen Prüfung

Die fachliche Prüfung für Funkamateure ist eine schriftliche Prüfung zum Erwerb einer Amateurfunkprüfungsbescheinigung. Die Prüfung besteht aus den Prüfungsteilen „Technische Kenntnisse“ für die Klassen N, E oder A, „Betriebliche Kenntnisse“ und „Kenntnisse von Vorschriften“.

Die Prüfungsinhalte und Anforderungen richten sich insbesondere nach dem Amateurfunkgesetz, der Amateurfunkverordnung, der CEPT-Empfehlung T/R 61-02 (Klasse A), dem ERC-Report 32 (Klasse E), dem ECC-Report 89 (Klasse N) sowie Anforderungen, die für Tests und Experimente mit einer Amateurfunkstelle und deren Betrieb für Funkamateure relevant sein können.

Die genannten Dokumente bzw. Verlinkungen darauf sowie weitere Informationen zum Amateurfunk sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Exemplarische Prüfungsinhalte werden von der Bundesnetzagentur in den „Prüfungsfragen zum Erwerb von Amateurfunkprüfungsbescheinigungen“ auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Eventuelle Änderungen werden mindestens drei Monate vor ihrer Anwendung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

7 Schriftliche Prüfung

7.1 Prüfungsunterlagen

Die schriftlichen Prüfungen werden mit Multiple-Choice-Fragebögen durchgeführt. Als Hilfsmittel sind ein Stift sowie ein einfacher wissenschaftlicher Taschenrechner (WTR) oder ein nicht programmierbarer Taschenrechner ohne Textspeicher mitzubringen. Darüber hinaus dürfen nur die nachfolgend bei der Prüfung zur Verfügung gestellten weiteren Hilfsmittel benutzt werden:

- Anlage 1 der Amateurfunkverordnung
- Rufzeichenplan für den Amateurfunkdienst in Deutschland
- Auszüge aus dem Bandplan der IARU für 2m und 70cm
- Für die Prüfungsteile „Technische Kenntnisse“: die im Fragenkatalog abgedruckte Formelsammlung und Entwurfspapier für Berechnungen

Sonstige Unterlagen oder Notizblätter dürfen während der Prüfung nicht verwendet werden. Für die Amateurfunkprüfung gibt es folgende Prüfungsteile mit entsprechenden Fragebögen:

- Vorschriften (Prüfungsteil V) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Betriebliche Kenntnisse (Prüfungsteil B) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse N (Prüfungsteil N) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse E (Prüfungsteil E) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 45 Minuten
- Technik für Klasse A (Prüfungsteil A) mit 25 Fragen, max. Prüfungsdauer 60 Minuten

Zu jedem Prüfungsfragebogen wird ein Antwortbogen ausgeteilt, aus dem die Anzahl der Fragen, die Bearbeitungszeit und weitere Hinweise zur Prüfung ersichtlich sind.

Für die Zusatzprüfung von der Klasse N nach E bzw. von der Klasse N oder Klasse E zur Klasse A sind nur die jeweiligen Prüfungsfragebögen E oder E und A im Prüfungsteil Technik auszufüllen.

7.2 Prüfungsablauf

Der Prüfungsteilnehmer hat die Nummer des Prüfungsfragebogens sowie seinen Namen, den Prüfungsort und das Datum im Antwortbogen einzutragen. Anschließend ist in der vorgegebenen Bearbeitungszeit der Antwortteil des Antwortbogens auszufüllen.

Die Prüfungsfragebögen und die Formelsammlung dürfen nicht beschriftet werden. Antwortbogen, Prüfungsfragebogen, Formelsammlung und Entwurfspapier sind mit Ende des jeweiligen Prüfungsteils beim Prüfungsausschuss abzugeben. Berechnungen auf dem Entwurfspapier werden bei Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht berücksichtigt. Die Antwortbögen werden vom Prüfungsausschuss ausgewertet.

7.3 Ergebnis der Prüfung, mündliche Nachprüfung

Für jede richtig beantwortete Frage erhält der Prüfungskandidat einen Punkt. Die für das Bestehen der Prüfung zu erreichende Punktzahl beträgt bei jedem Prüfungsteil 19 der maximal 25 erreichbaren Punkte.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse N müssen die Prüfungsteile V, B und N bestanden sein.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse E müssen die Prüfungsteile V, B, N und E bestanden sein. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse N hat, muss die Fragebögen V, B und N nicht erneut ausfüllen.

Für eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung der Klasse A müssen die Prüfungsteile V, B, N, E und A bestanden sein. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse E hat, braucht die Fragebögen V, B, N und E nicht erneut auszufüllen. Ein Prüfungsteilnehmer, der bereits eine Bescheinigung der Klasse N hat, muss die Fragebögen V, B und N nicht erneut ausfüllen.

Sofern lediglich in einem Prüfungsteil die erforderliche Mindestpunktzahl nicht erreicht wurde, jedoch mindestens 17 der erreichbaren 25 Punkte erreicht wurden, kann der Bewerber in diesem Prüfungsteil mündlich nachgeprüft werden. Die Entscheidung über die Nachprüfung trifft die oder der Vorsitzende.

Nicht bestandene Prüfungsteile können innerhalb von 24 Monaten nach der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei einem neuen

Prüfungstermin wiederholt werden. Nach Ablauf dieses Zeitraums muss die Prüfung vollständig wiederholt werden.

Der Vorsitzende teilt den Prüfungsteilnehmern das Prüfungsergebnis mit. Prüfungsteilnehmer, die nur an einzelnen Prüfungsteilen teilnehmen, können nach Auswertung ihrer Prüfungsteile vom Ergebnis unterrichtet werden, wenn der Prüfungsablauf hierdurch nicht gestört wird.

Jeder Prüfungsteilnehmer erhält eine Bestätigung seines Prüfungsergebnisses oder eine Amateurfunkprüfungsbescheinigung, wenn alle dafür erforderlichen Prüfungsteile erfolgreich abgelegt wurden.

8 Freiwillige Zusatzprüfung Hören und Geben von Morsezeichen

Die Prüfung besteht aus der Höraufnahme und der Handabgabe von Morsezeichen. Der Nachweis für das Hören von Morsezeichen kann gruppenweise durchgeführt werden.

Die Höraufnahme und Handabgabe von Morsezeichen beschränkt sich auf folgende Zeichen:

- Buchstaben des Alphabets:
A–Z ohne Umlaute
- Zahlen:
0–9
- Verkehrszeichen:
Spruchanfang „ka“, Spruchende „ar“ oder „+“, Verkehrsende „sk“
- Sonstige Zeichen:
Trennung „=“, Fragezeichen „?“, Bruchstrich „/“, Punkt „.“, Komma „.“

Ein Prüfungsteilnehmer muss seine Fertigkeiten nachweisen, Texte in offener Sprache sowie Gruppen von Buchstaben, Ziffern und Zeichen nach dem internationalen Morsealphabet abzugeben und aufzunehmen. Der Prüfungstext besteht aus simuliertem Amateurfunkbetrieb, darin enthalten sind Rufzeichen, Q-Schlüssel, amateurfunkübliche Abkürzungen, Ziffern, deutscher Klartext und Satzzeichen.

Es können folgende Geschwindigkeits- und Pausenmodi gewählt werden:

- 5 WpM (Tempo 25) mit Farnsworth-Methode
Zeichengeschwindigkeit 9 WpM mit verlängerten Pausen
- 5 WpM (Tempo 25) Standard
Zeichengeschwindigkeit und Pausen gemäß ITU-T Empfehlung F.1
- 12 WpM (Tempo 60) Standard
Zeichengeschwindigkeit und Pausen gemäß ITU-T Empfehlung F.1

(WpM = Wörter pro Minute)

Vor der Höraufnahme wird ein Probetext in der gewählten Geschwindigkeit für die Dauer von etwa einer Minute zum Einhören und Einpegeln der Höreinrichtungen der Bewerber gegeben. Spätestens nach dem Probedurchgang muss sich der Prüfungsteilnehmer für eine der Varianten entscheiden.

Die Niederschrift erfolgt auf einem Prüfungsformblatt, welches mit Name, Datum, Prüfungsort und der gewählten Geschwindigkeit zu versehen ist.

8.1 Hören von Morsezeichen

Die Höraufnahme der Morsezeichen erfolgt mit einem Prüfungstext von 3 Minuten Dauer und gleichzeitigem Niederschreiben in gut lesbarer Handschrift.

Nach Ende des Prüfungstextes hat der Prüfungsteilnehmer 3 Minuten Zeit bis zur Abgabe für die Durchsicht und Kontrolle der Lesbarkeit seiner Niederschrift.

Der Prüfungsteil ist bestanden, wenn nicht mehr als 4 Zeichen falsch oder ausgelassen sind. Für Bewerber, die diesen Prüfungsteil nicht beim ersten Durchgang bestehen, ist ein zweiter Versuch möglich.

8.2 Geben von Morsezeichen

Das Geben von Morsezeichen erfolgt durch die Abgabe eines Prüfungstextes in Morsezeichen unter Verwendung einer Morsetaste, mit der mechanisch oder elektronisch die Morsezeichen per Handabgabe erzeugt werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die das Erzeugen von Morsezeichen ohne aktive Kenntnis des Morsecodes zulassen.

Die Verwendung eigener Tasten ist möglich, wenn diese mit Bananenstecker (4 mm) anschließbar sind.

Zu geben ist ein schriftlich vorgelegter Klartext oder ein amateurfunkbezogener Text in einer Morsegeschwindigkeit von mindestens 5 Wörtern zu je 5 Zeichen pro Minute oder in der Geschwindigkeit, die beim Hören von Morsezeichen gewählt wurde, mit einer Dauer von längstens 3 Minuten.

Der Prüfungsteil ist bestanden, wenn bei Einhaltung der gewählten Geschwindigkeit nicht mehr als 4 unkorrigierte Fehler festgestellt wurden. Für Bewerber, die diesen Prüfungsteil nicht beim ersten Durchgang bestehen, ist ein zweiter Versuch möglich.

8.3 Prüfungsergebnis Zusatzprüfung Hören und Geben von Morsezeichen

Die freiwillige Zusatzprüfung ist bestanden, wenn beide Prüfungsteile bestanden sind. Die Entscheidung obliegt dem Prüfungsvorsitzenden. Sollte ein Prüfungsteil nicht bestanden sein, kann die Zusatzprüfung nur vollständig erneut abgelegt werden.

Der Prüfungsteilnehmer erhält nach bestandener Prüfung eine Bescheinigung mit Angabe der gewählten Geschwindigkeit und auf Antrag einen entsprechenden Eintrag in der Rufzeichenzuteilung.

9 Prüfungsdurchführung für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind ihrer Behinderung entsprechende Erleichterungen bei der Prüfungsdurchführung zu gewähren.

Beim Antrag auf Zulassung zur Prüfung muss ein ärztliches Attest oder einen vergleichbaren Nachweis vorlegt werden, aus dem Art und Umfang der Behinderung, auch ohne medizinische Vorbildung verständlich, ersichtlich sind. Über die Art und den Umfang der zu gewährenden Erleichterungen entscheidet die zuständige Stelle der Bundesnetzagentur. Abhängig von Art und Umfang der Behinderung kann als Erleichterung bei den schriftlichen Prüfungsteilen auch eine Einzelprüfung gewährt werden, die gegebenenfalls auch mündlich abgenommen werden kann.

Die mit den gewährten Erleichterungen erbrachten Prüfungsleistungen müssen derart sein, dass die Prüfungsinhalte und Anforderungen sowie die geforderten Kenntnisse ausreichend nachgewiesen sind. Dies gilt auch für freiwillige Zusatzprüfungen.

Begründung:

Am 23.06.2023 wurde die zweite Änderungsverordnung zur Amateurfunkverordnung (AFuV) veröffentlicht (BGBl. 2023 I Nr. 160 vom 23.06.2023). Diese tritt am 24.06.2024 in Kraft. Darin wird unter anderem eine neue Lizenzklasse N eingeführt, die einen niederschweligen Einstieg in das Hobby Amateurfunk erlaubt.

Aus diesem Grund sind das Antragsverfahren und die Regelungen zur Durchführung von Amateurfunkprüfungen für die Zeit ab dem 24.06.2024 neu festzulegen. Gleichzeitig werden sämtliche Regelungen im Zusammenhang mit den Amateurfunkprüfungen, welche bislang in unterschiedlichen Verfügungen der Bundesnetzagentur festgelegt waren, in einer Verfügung zusammengeführt. Dies betrifft das Antragsverfahren, die Bestellung von Prüfern und Prüfungsausschussvorsitzenden und die Durchführung der Amateurfunkprüfungen.

Hierzu wurde eine Anhörung gemäß § 5 Abs. 5 AFuV durchgeführt. Die betroffenen Kreise hatten vom 20.12.2023 bis 01.02.2024 Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen.¹

Es sind insgesamt acht Stellungnahmen eingegangen. Bei der Auswertung der Stellungnahmen wurden in der gesamten Verfügung redaktionelle Änderungen und Berichtigungen von offensichtlichen Unrichtigkeiten vorgenommen.

Teilweise bezogen sich Stellungnahmen auf die Verständlichkeit und die Verwendung von Begrifflichkeiten. Es wurden entsprechend einige Anpassungen an Textpassagen vorgenommen, um die Verständlichkeit zu verbessern. Sofern Kommentatoren anmerken, die Formulierungen seien zu juristisch, weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass für „Laien“ verständlichere Hinweise und Erläuterungen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Die Nummern 3 und 4 wurden im Sinne der gewünschten Verständlichkeit insgesamt sinnvoller umstrukturiert und teilweise neu gefasst. Die Regelung zur Änderung des Prüfungstermins befindet sich nun in Nummer 3. Nummer 4 wurde umbenannt und neu strukturiert. Die Regelung zur Handhabung bei unentschuldigten Fehlen wurde angepasst, um zukünftig auch das unentschuldigte Fehlen am Prüfungstag gebührenpflichtig zu stellen. In einer Stellungnahme wurde eine „Prüfung unter Vorbehalt“ gewünscht, in der man sich spontan am Prüfungstag für die Teilnahme entscheiden kann. Dies ist aus organisatorischen und rechtlichen Gründen derzeit nicht möglich.

Die Regelung in Nummer 4, dass der Rücktritt in einem oder mehreren Prüfungsteilen zu einem nicht bestandenen Gesamtergebnis führt, wurde gestrichen. Es ist nun möglich, durch bereits absolvierte und bestandene Prüfungsteile eine Prüfung insgesamt zu bestehen, wenn mindestens die hierfür notwendigen Prüfungsteile für den Erhalt der jeweiligen Klasse bestanden wurde (siehe Nummer 7.3).

Die Nummer 6 wurde redaktionell leicht verändert, um zu verdeutlichen, dass die Prüfer, insbesondere für die mündliche Nachprüfung, nicht ausschließlich an die Fragen aus dem veröffentlichten Fragenkatalog gebunden sind. Die Prüfungsinhalte richten sich nach den hier aufgeführten Bestimmungen und Gesetzen und können – wie bisher – auch von den Fragen aus dem Fragenkatalog abweichen.

Es wurde angeregt, den Rufzeichenplan für den Amateurfunk in Deutschland als Hilfsmittel in Nummer 7.1 aufzunehmen. Nach erneuter interner Prüfung wird dieses Hilfsmittel zugelassen und wird bei der Prüfung zur Verfügung gestellt.

Komentatoren merkten an, dass die Schwierigkeit der Amateurfunkprüfung, insbesondere zum Erreichen der Klasse A, zu hoch sei.

Die Bundesnetzagentur vertritt die Auffassung, dass die Schwierigkeit grundsätzlich angemessen ist.

Vorsorglich wurde dennoch die Anregung, die Prüfungsdauer für den Prüfungsteil A auf 60 Minuten zu erweitern, in Nummer 7.1 umgesetzt.

Sofern angemerkt wurde, im internationalen Vergleich seien die Anforderungen in Deutschland zu hoch, wird darauf hingewiesen, dass die Anforderungen auch durch die CEPT-Vereinbarungen international abgestimmt sind. Die Anzahl der Fragen sowie die Mindestpunktzahl zum Bestehen variieren in den Ländern. Dies hängt auch davon ab, ob die Prüfungsfragen veröffentlicht werden. Werden Prüfungsfragen nicht oder nur teilweise veröffentlicht, müssen sich die Prüflinge intensiver auf die Prüfung vorbereiten.

In Nummer 7.3 wurde das Mindestergebnis für eine Nachprüfung, wie in einer Stellungnahme gefordert, von 18 auf 17 Punkte abgesenkt und ist nun mit 68 % richtigen Antworten beim gleichen Wert wie bei bisherigen mündlichen Nachprüfungen.

In Bezug auf die Auswertung der Prüfungsergebnisse und Unterrichtung der Prüfungsteilnehmer wird in Nummer 7.3 klarstellend darauf hingewiesen, dass es sich bei der Prüfungsdauer bereits jetzt um Maximalzeiten handelt. Die Prüfungsteilnehmer entscheiden selbst, wann sie die Prüfung durch Abgabe beenden. Nach Abgabe und sofern der Prüfungsablauf hierdurch nicht gestört wird, findet eine Auswertung durch den Prüfungsausschuss statt und die Prüfungsteilnehmer werden von ihrem Ergebnis unterrichtet. Dies ist bereits heute gängige Prüfungspraxis.

In Nummer 8 wurden weitere Erläuterungen zur Durchführung der freiwilligen Zusatzprüfung „Hören und Geben von Morsezeichen“ ergänzt. Insbesondere die Geschwindigkeits- und Pausenmodi wurden aufgrund von Nachfragen hierzu nunmehr aufgeführt und erläutert.

In Nummer 8.2 wurde die Formulierung „mehr als 4 auskorrigierte“ durch die Formulierung „mehr als 4 unkorrigierte“ ersetzt. Damit wurde klarstellend festgelegt, dass maximal 4 unkorrigierte Fehler zugelassen sind.

In Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die zur Anhörung gestellte Prüfungsordnung keine Regelung für die Wiederholungsprüfungen enthält, bei denen die nicht bestandene Erstprüfung noch nach den bis zum 23.06.2024 gelten Regelungen abgelegt wurde. Diese Übergangsregelung wird separat festgelegt. Bei der Ausgestaltung werden die vorliegenden Stellungnahmen abgewogen.

Es wurde darüber hinaus gewünscht, Prüfungen auch an anderen Orten als den Prüfungsstandorten der Bundesnetzagentur durchführen zu können. Die Bundesnetzagentur weist darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits Prüfungen an externen Prüfungsorten durchgeführt wurden und auch in Zukunft möglich sind.

Die Bundesnetzagentur hat die Hinweise und Anregungen im Hinblick auf die Digitalisierung der Prüfungen und die Durchführung der Prüfung in der englischen Sprache zur Kenntnis genommen. Insbesondere die Digitalisierung der Prüfung kann bis zum 24.06.2024 nicht umgesetzt werden. Dies wird zu einem späteren Zeitpunkt gesondert betrachtet.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erhoben werden.

Vfg Nr. 30/2024

Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk

Sämtliche bisher unbefristeten Zuteilungen im Bereich des nichtöffentlichen mobilen Landfunks werden nachträglich befristet.

Hierbei werden drei Fallgruppen unterschieden:

1. Unbefristete Zuteilungen für die in der Anlage konkret aufgeführten Frequenzen, welche bereits in der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk (VVnömL)¹ als zu befristen ausgewiesen sind oder waren, werden **befristet bis zum 31.12.2025**
2. Unbefristete Zuteilungen entsprechend den aktuellen Kapiteln 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.4.2, 1.8, 1.9, 1.10, 1.11, 1.14, 1.17, 1.18, 1.19, 1.22, 1.25, 6.3, 9.3 der VVnömL aufgrund der Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalaraster werden **befristet bis zum 31.12.2028**
3. Alle übrigen unbefristeten Zuteilungen entsprechend den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnömL werden **befristet bis zum 31.12.2028**

Die jeweilige Befristung erfolgt gemäß § 99 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) als nachträgliche Nebenbestimmung zu den Frequenzzuteilungen durch diese personengebundene Allgemeinverfügung.

Inhaber einer bereits befristeten Frequenzzuteilung im nichtöffentlichen mobilen Landfunk sind von den Änderungen nicht betroffen. Bereits individuell festgelegte Befristungen gelten weiterhin. Ebenfalls nicht betroffen sind Frequenzzuteilungen nach anderen (Verwaltungs-) Vorschriften.

Alle Informationen finden Sie auch auf www.bundesnetzagentur.de/umstellung-befristung

Begründung

Grundsätzlich und für alle folgenden Fallgruppen gleichermaßen wird darauf hingewiesen, dass Frequenzen gemäß § 92 Abs. 1 S. 1 TKG² in der Regel befristet zugeteilt werden. Hintergrund dieser Regelung ist insbesondere eine flexible Frequenzplanung. Damit besteht die Möglichkeit, diese an geänderte Anforderungen (z. B. steigende Nachfrage nach bestimmten Frequenzen, Erweiterung oder Änderung des Nutzungszwecks) anzupassen und dadurch eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung sicherzustellen. Unbefristete Zuteilungen verhindern eine flexible und nachfrageorientierte Frequenzplanung und dadurch eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung. Frequenzzuteilungen entsprechend der VVnömL sind aus diesem Grund seit 2004 grundsätzlich nur bis zu zehn Jahre befristet. Von den beabsichtigten Regelungen betroffen sind folglich insbesondere Zuteilungen, die vor 2004 ausgestellt wurden.

Inhaber einer bereits befristeten Frequenzzuteilung im nichtöffentlichen mobilen Landfunk sind von den Änderungen nicht betroffen. Bereits individuell festgelegte Befristungen gelten weiterhin. Dies gilt auch für Befristungen, die nach dem 31.12.2028 enden. Ebenfalls nicht betroffen sind Frequenzzuteilungen nach anderen (Verwaltungs-) Vorschriften.

In Stellungnahmen wurde darauf hingewiesen, dass die in der ersten Anhörung beschriebene Amortisation für Investitionen nicht für Netze zutreffe, die auf Grundlage einer unbefristeten Frequenzzuteilung, die vor 2004 ausgestellt wurde, betrieben werden. Zudem wird angeregt, die bisherige Befristung von zehn Jahren zu verlängern.

Nach § 92 Abs. 1 S. 2 TKG muss die Befristung für die betreffende Nutzung angemessen sein und die Amortisation der dafür notwendigen Investitionen angemessen berücksichtigen. Die aktuelle Befristung von bis zu zehn Jahren wird seit 2004 praktiziert. In der jüngeren Vergangenheit vor der ersten Anhörung gab es keinen vergleichbaren Vortrag der Marktakteure hinsichtlich der Dauer der Befristung oder der Amortisation von Investitionen und daher keinen Grund, die aktuelle Dauer der Befristung zu hinterfragen. Im Zusammenhang mit der

¹ www.bnetza.de/vvnoeml

² wortgleich in § 55 Abs. 9 TKG a. F.

nächsten Änderung der VVnöML wird die Bundesnetzagentur die maximale Dauer der Befristung für künftige Frequenzzuteilungen neu bewerten. In diesem Rahmen wird sie auch bewerten, ob es aus frequenzregulatorischen Gründen sachgerecht ist, von der bisherigen Handhabung abzuweichen.

Befristung 1. Fallgruppe bis 31.12.2025

Dies betrifft alle noch unbefristeten Zuteilungen für die in der Anlage aufgeführten Frequenzen, welche bereits in der VVnöML als zu befristen ausgewiesen sind oder waren. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2025.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und die Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalraster im Betriebsfunk (siehe dazu auch nachfolgende 2. Fallgruppe) werden bereits seit 2018 sukzessive einzelne Frequenzen oder Frequenzbereiche nachträglich befristet und geräumt. Dies ist notwendig, damit alle Zuteilungsinhaber möglichst unterbrechungsfrei in das neue Kanalraster wechseln können, denn eine Umstellung aller Zuteilungen zu einem festen Stichtag ist nicht möglich.

Eine formale Umstellung zu einem festen Stichtag ist theoretisch denkbar. In der Praxis müssen die Zuteilungsinhaber im Rahmen der Umstellung nicht selten ihre Endgeräte auf die neue Frequenz umstellen. Dies ist im laufenden Betrieb zu einem bestimmten Stichtag insbesondere bei größeren Netzen kaum möglich.

Durch die vorzeitige Befristung und Räumung bestimmter Frequenzbereiche werden Ausweichmöglichkeiten für alle Zuteilungsinhaber geschaffen und gleichzeitige Nutzungen im alten und im neuen Kanalraster während der Umstellungsphase ermöglicht.

Die in der Anlage als Fallgruppe 1a aufgeführten Frequenzen wurden überwiegend erstmals mit der VVnöML Stand Oktober 2018 befristet ausgewiesen bis 31.12.2022. Für den weit überwiegenden Teil der Frequenzen enthielt zudem der Frequenzplan Stand Oktober 2019 eine Befristung für das 20-kHz-Kanalraster bis zum 31.12.2022. Diese Frequenzen waren zuletzt in der VVnöML Stand September 2022 aufgeführt.

Die in der Anlage als Fallgruppe 1b aufgeführten Frequenzen wurden überwiegend erstmals mit der VVnöML Stand Oktober 2018 befristet ausgewiesen bis zum 31.12.2020. Seit der VVnöML Stand Dezember 2021 sind sie befristet bis zum 31.12.2025 ausgewiesen. Diese Frequenzen sind mit der Befristung in der aktuellen VVnöML Stand Mai 2023 enthalten.

Um das gesamte neue Frequenzraster effizient und störungsfrei nutzen zu können, sind sämtliche Frequenzzuteilungen umzustellen. Gleichzeitig muss aber auch eine unterbrechungsfreie Frequenznutzung möglich sein. Dafür ist es erforderlich, dass einige Frequenzen zu einem früheren Zeitpunkt befristet werden und dadurch Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden können.

Ein milderer und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung der betroffenen Frequenzbereiche besteht nicht.

Der Befristungszeitraum ist auch angemessen. Es ist zum einen seit fünf Jahren bekannt, dass die Umstellung des Kanalrasters erfolgt und die in der Anlage aufgeführten Frequenzen vorzeitig befristet werden. Zum anderen verbleiben bis zur Befristung noch fast zwei Jahre, obwohl die große Anzahl der in Anlage als Fallgruppe 1a genannten Frequenzen bereits seit drei Jahren nicht mehr im 20-kHz-Raster genutzt werden soll. Zudem erfolgen seit 2018 keine neuen Zuteilungen mehr auf den Frequenzen. In der Zwischenzeit beantragte Änderungen von Zuteilungen führten bereits zu einem Wechsel der Frequenz. Folglich ist nur eine relativ geringe Anzahl an Zuteilungen von dieser Befristung betroffen.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor, nämlich die Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen.

Befristung 2. Fallgruppe bis 31.12.2028

Dies betrifft alle noch unbefristeten Zuteilungen entsprechend den aktuellen Kapiteln 1.2.2, 1.2.3, 1.2.4, 1.4.2, 1.8, 1.9, 1.10, 1.11, 1.14, 1.17, 1.18, 1.19, 1.22, 1.25, 6.3, 9.3 der VVnöML, die nicht bereits von der 1. Fallgruppe erfasst sind. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2028.

Im Jahr 2018 hat die Bundesnetzagentur nach einer öffentlichen Anhörung³ die Ablösung der 20-kHz-Kanalbandbreite und die Umstellung auf das 12,5-kHz-Kanalraster im Betriebsfunk festgelegt.⁴ Die technologische Weiterentwicklung, das neue Frequenzraster gemäß CEPT ECC T/R 25-08⁵ und die damit verbundene effizientere und störungsfreie Frequenznutzung haben die Umstellung notwendig gemacht. Das aktuelle Kanalraster kann der Verwaltungsvorschrift für den nichtöffentlichen mobilen Landfunk entnommen werden.⁶

Daher werden seit 2018 Frequenzzuteilungen für neu zu errichtende Funknetze nur noch im 12,5-kHz-Kanalraster zugeteilt. Ausnahmsweise werden daneben bestimmte befristete Zuteilungen im 20-kHz-Kanalraster längstens bis 31.12.2028 erneut zugeteilt.⁷

Um das gesamte neue Frequenzraster effizient und störungsfrei nutzen zu können, sind sämtliche Frequenzzuteilungen umzustellen. Dies erfordert es, die noch vorhandenen unbefristeten Frequenzzuteilungen nachträglich zu befristen.

In einer Stellungnahme wurde vorgetragen, die Umstellung des 20-kHz-Rasters im Betriebsfunkblock des Rundfunks nach Abschnitt 1.18.2 b) der VVnöML widerspreche einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung, da einige dieser Frequenzen auch für andere Dienste des Rundfunks genutzt und weiterhin mit den bisherigen Parametern und im 20-kHz-Raster benötigt würden.

Die Bundesnetzagentur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in diesem Fall eine Mehrfachnutzung von Frequenzen in unterschiedlichen Funkdiensten vorliegt. Die Frequenzen nach Abschnitt 1.18.2 b) der VVnöML stehen außerhalb des Betriebsfunks in den Abschnitten 10.2 sowie 10.3.3 der VVnöML im 20-kHz-Raster zur Verfügung. Da diese Abschnitte nicht von der Umstellung des Kanalrasters betroffen sind, stehen diese Frequenzen auch weiterhin im 20-kHz-Raster zur Verfügung. Ein unterschiedliches Kanalraster in unterschiedlichen Funkdiensten schränkt eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung nicht ein.

Ein milderer und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung der betroffenen Frequenzbereiche der 2. Fallgruppe besteht nicht.

Der Befristungszeitraum ist auch angemessen. Zum einen ist seit rund fünf Jahren bekannt, dass die Umstellung des Kanalrasters erfolgt, zum anderen verbleibt in den kommenden rund fünf Jahren bis zum Ende der Befristung am 31.12.2028 ausreichend Zeit, Bestandsnetze umzustellen.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor, nämlich die Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen.

In einer Stellungnahme wird die Umstellung des Kanalrasters sowie die nachträgliche Befristung für die Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen im Betriebsfunk ausdrücklich unterstützt.

Ab dem 01.01.2029 ist keine Frequenznutzung im 20-kHz-Raster zu den genannten Kapiteln der VVnöML mehr möglich. Zur Planung der Frequenzumstellung von Bestandsnetzen werden den Zuteilungsinhabern auf Antrag innerhalb der Übergangsfrist Frequenzen aus dem neuen Kanalraster zur Verfügung gestellt. Ein erforderlicher Parallelbetrieb von Frequenzen des auslaufenden 20-kHz-Rasters sowie des neuen Kanalrasters für eine Übergangszeit bis maximal 31.12.2028 kann mit der Bundesnetzagentur abgestimmt werden.

Im Zusammenhang mit der Umstellung von Bestandsnetzen wird in einer Stellungnahme angeregt, dass erneute Frequenzzuteilungen nicht erst zwölf Monate, sondern bereits fünf Jahre vor Ablauf der Befristung beantragt und zugeteilt werden sollten. Dies erhöhe die Planungssicherheit auf Seiten der Frequenznutzer.

Mit der nächsten Änderung der VVnöML wird die Bundesnetzagentur die Regelungen für Verlängerungsanträge neu bewerten. In diesem Rahmen wird sie auch bewerten, ob es aus frequenzregulatorischen Gründen sachgerecht ist, von der bisherigen Handhabung abzuweichen.

3 Amtsblatt Mitteilung Nr. 253/2018, auch veröffentlicht unter www.bnetza.de/umstellung-befristung

4 Amtsblatt Mitteilung Nr. 418/2018, auch veröffentlicht unter www.bnetza.de/umstellung-befristung

5 https://www.ecodocdb.dk/document/category/ECC_Recommendations?status=ACTIVE

6 www.bnetza.de/vvnoeml

7 Amtsblatt Mitteilung Nr. 418/2018, auch veröffentlicht unter www.bnetza.de/umstellung-befristung

Ein weiterer Kommentator bittet um konkrete Beratung zur Umstellung und zum Parallelbetrieb im alten und neuen Kanalaraster.

Die Bundesnetzagentur ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten gerne bereit, Zuteilungsinhaber bei der Umstellung zu unterstützen. Aufgrund der großen Anzahl an potenziell Betroffenen muss hierbei allerdings priorisiert werden, so dass möglicherweise nicht alle Anfragen zeitnah abgearbeitet werden können.

Befristung 3. Fallgruppe bis 31.12.2028

Dies betrifft alle restlichen noch unbefristeten Zuteilungen entsprechend den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnöML, die nicht bereits von der 1. oder 2. Fallgruppe erfasst sind. Diese werden nachträglich befristet bis zum 31.12.2028.

Vorliegend deuten stichprobenartige Überprüfungen der Bundesnetzagentur über mehrere Jahre auf einen hohen Anteil nicht genutzter Frequenzzuteilungen in den übrigen ehemaligen und aktuellen Kapiteln der VVnöML hin, die nicht von der 1. oder 2. Fallgruppe erfasst sind.

Gleichzeitig steigt der Bedarf an Frequenzen in den von der 2. Fallgruppe erfassten Kapiteln. In manchen Ballungsräumen wird es zunehmend schwierig, allen Antragstellern ausreichend Frequenzen zur Verfügung zu stellen.

Durch die nachträgliche Befristung bisher unbefristeter Zuteilungen sind alle Zuteilungsinhaber gezwungen, sich mit ihrem künftigen Frequenzbedarf auseinanderzusetzen und diesen bedarfsgerecht anzupassen. Es wird erwartet, dass nur bei tatsächlichem Bedarf ein Antrag auf eine erneute Zuteilung gestellt wird. In Anbetracht der teilweise hohen Quoten an Nichtnutzungen wird auch erwartet, dass zahlreiche Frequenzen spätestens ab 2029 frei werden. Diese können dann für Anwendungen entsprechend den anderen Kapiteln der VVnöML genutzt werden.

Dies erfordert allerdings, alle vorhandenen und aktuell noch unbefristeten Frequenzzuteilungen nachträglich bis zum 31.12.2028 zu befristen.

Ein milderer und gleich effektives Mittel zur Sicherstellung der effizienten und störungsfreien Frequenznutzung besteht nicht. Der Befristungszeitraum ist auch angemessen. Betroffen sind insbesondere Zuteilungen vor 2004. Es verbleiben noch fünf Jahre bis zum Ende der Befristung. Eine technische Umstellung von Bestandsnetzen erscheint darüber hinaus derzeit in der 3. Fallgruppe nicht notwendig, so dass eine unterbrechungsfreie Frequenznutzung durch einen rechtzeitigen Antrag auf Frequenzzuteilung ab dem 1.1.2029 möglich ist.

In einer Stellungnahme wird gefordert, dass die nachträgliche Befristung in dieser Fallgruppe nicht mit einer Vorlaufzeit von fünf, sondern ebenfalls mit zehn Jahren erfolgen sollte.

In diesem Zusammenhang weist die Bundesnetzagentur darauf hin, dass nur durch die zu einem einheitlichen Zeitpunkt erfolgende nachträgliche Befristung aller bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen die Umstellung und anschließend eine effizientere Frequenznutzung praxistauglich erfolgen kann. Alle Zuteilungsinhaber sind gezwungen, sich mit ihrem künftigen Frequenzbedarf auseinanderzusetzen. Im Einzelfall mag auch ohne Befristung eine effiziente Frequenznutzung gegeben sein. Für eine effiziente Nutzung des gesamten zur Verfügung stehenden Frequenzspektrums und für eine eventuelle Nutzung in anderen Kapiteln der VVnöML ist jedoch eine möglichst zeitgleiche Befristung notwendig. Da in dieser Fallgruppe keine technischen Änderungen notwendig erscheinen, ist die kürzere Vorlaufzeit von fünf Jahren verhältnismäßig.

Ein frequenzregulatorischer Grund im Sinne von § 99 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 TKG für eine nachträgliche Befristung liegt demnach vor, nämlich die Sicherung der effizienten und störungsfreien Nutzung der Frequenzen.

Personengebundene Allgemeinverfügung

Aktuell gibt es rund 20.000 unbefristete Frequenzzuteilungen entsprechend der VVnöML. Aufgrund der Menge soll die nachträgliche Nebenbestimmung der Befristung für alle Fallgruppen als Allgemeinverfügung erfolgen, die sich gemäß § 35 Satz 2 VwVfG an einen „nach allgemeinen Merkmalen bestimmten oder bestimmbar Personenkreis“ richtet (→ personenbezogene Allgemeinverfügung).



Denkbar wäre zwar auch, statt der beabsichtigten nachträglichen Befristung die Frequenzinhaber um einen Verzicht auf die Frequenzzuteilung zu ersuchen. Problematisch ist jedoch, dass die Kontaktaufnahme angesichts der hohen Anzahl der Zuteilungsinhaber mit einem äußerst hohen Verwaltungsaufwand verbunden wäre. Zudem wird eine Vielzahl der Zuteilungsinhaber noch ein gegenwärtiges Interesse an dem Fortbestand der Frequenzzuteilung haben, so dass mit einem unzureichenden Rücklauf zu rechnen sein dürfte, so dass das Ziel der effizienten und störungsfreien Nutzung des betroffenen Frequenzbereichs nicht erreicht würde.

Möglich wäre auch eine nachträgliche Befristung durch einen jedem einzelnen Zuteilungsinhaber bekanntzugebenden Verwaltungsakt. Problematisch ist jedoch insoweit, dass eine Bekanntgabe gegenüber jedem einzelnen Frequenzinhaber wiederum einen äußerst hohen Verwaltungsaufwand darstellt und teilweise auch mangels Kenntnis der aktuellen Adressen nicht realisierbar ist.

Die beabsichtigte Befristung als nachträgliche Nebenbestimmung zu den Frequenzzuteilungen durch personen-gebundene Allgemeinverfügung ist daher zur Erreichung des Zwecks (Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung des betroffenen Frequenzbereichs) geboten.

Die Adressaten der Allgemeinverfügung sind allesamt Inhaber einer bislang unbefristeten Frequenzzuteilung entsprechend der VVnöML, also ein nach allgemeinen Merkmalen bestimmter oder jedenfalls bestimmbarer Adressatenkreis, so dass eine personenbezogene Allgemeinverfügung ergehen kann.

Anhörungen

Zu der geplanten Befristung bisher unbefristeter Frequenzzuteilungen im nichtöffentlichen mobilen Landfunk hat die Bundesnetzagentur im Sommer 2023 eine erste öffentliche Anhörung gemäß § 99 Abs. 3 S. 2 TKG durchgeführt. Interessierte Kreise hatten vom 09.08.2023 bis 22.09.2023 Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen.⁸ Es wurden vier Stellungnahmen eingereicht. Im Rahmen der ersten Anhörung ist aufgefallen, dass einzelne Frequenzen besonders betrachtet werden müssen, damit die Umstellung des Kanalarasters praxistauglich erfolgen kann.

Daher wurde zu dem leicht veränderten Vorgehen eine zweite Anhörung gemäß § 99 Abs. 3 S. 2 TKG durchgeführt. Gleichzeitig wurden darin die Stellungnahmen aus der ersten Anhörung gewürdigt. Interessierte Kreise hatten vom 20.12.2023 bis 01.02.2024 Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen.⁹ Zu der zweiten Anhörung sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn erhoben werden.

⁸ Amtsblatt Mitteilung Nr. 135/2023, auch veröffentlicht unter www.bnetza.de/umstellung-befristung

⁹ Amtsblatt Mitteilung Nr. 255/2023, auch veröffentlicht unter www.bnetza.de/umstellung-befristung

Anlage

Übersicht der Frequenzen (in MHz) zu Fallgruppe 1a

147,85	150,43	155,03	158,35	158,53	158,71	158,89	159,07
147,87	150,45	155,05	158,37	158,55	158,73	158,91	163,31
147,89	150,47	155,07	158,39	158,57	158,75	158,93	163,33
147,91	150,49	155,09	158,41	158,59	158,77	158,95	163,35
147,93	150,51	155,11	158,43	158,61	158,79	158,97	163,37
147,95	150,53	155,13	158,45	158,63	158,81	158,99	163,39
147,97	150,57	155,17	158,47	158,65	158,83	159,01	163,41
147,99	150,59	155,19	158,49	158,67	158,85	159,03	163,43
148,01	150,61	155,21	158,51	158,69	158,87	159,05	163,45
456,09	456,83	457,21	457,39	459,77	459,95	466,79	467,15
456,67	457,03	457,23	459,13	459,79	459,97	466,81	467,17
456,69	457,05	457,25	459,63	459,81	466,09	466,83	467,19
456,71	457,07	457,27	459,65	459,83	466,67	467,03	467,21
456,73	457,09	457,29	459,67	459,85	466,69	467,05	467,23
456,75	457,11	457,31	459,69	459,87	466,71	467,07	467,25
456,77	457,13	457,33	459,71	459,89	466,73	467,09	467,27
456,79	457,17	457,35	459,73	459,91	466,75	467,11	467,29
456,81	457,19	457,37	459,75	459,93	466,77	467,13	467,31
467,33	469,71	469,89					
467,35	469,73	469,91					
467,37	469,75	469,93					
467,39	469,77	469,95					
469,13	469,79	469,97					
469,63	469,81	163,47					
469,65	469,83						
469,67	469,85						
469,69	469,87						

Übersicht der Frequenzen (in MHz) zu Fallgruppe 1b

455,77	455,81	455,99
465,77	455,85	
465,81	455,89	
465,89	455,93	
465,93	455,97	

**Vfg Nr. 31/2024****SSB FL 028 – Schnittstellenbeschreibung für Sekundärradaranlagen (Interrogator)**

Die o. g. Schnittstellenbeschreibung (SSB) hat das Informationsverfahren nach Richtlinie (EU) 2015/1535 durchlaufen und ist bei der EU-Kommission unter der Nr. 2023/0625/D registriert.

Die SSB tritt daher mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Diese SSB kann als PDF-Datei in Kürze im Internet unter www.bundesnetzagentur.de → Fachthemen → Telekommunikation → Technik und Produktsicherheit → Funk-Schnittstellenbeschreibungen eingesehen und kostenfrei abgerufen werden.

Fragen zu dieser SSB richten Sie bitte an die E-Mail Adresse ssb@bnetza.de.

Die Schnittstellenbeschreibung SSB FL 017, Ausgabe Juli 2013, tritt hiermit außer Kraft.

Regulierung

Energie

Vfg Nr. 32/2024

Verfahren zur Festlegung des Höchstwerts für die Ausschreibungen für Biomethananlagen des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Die Bundesnetzagentur hat am 26.02.2024 unter dem Zeichen 4.08.01.01/1#27 den Höchstwert der Ausschreibungen für Biomethananlagen im Jahr 2024 festgelegt.

Weitergehende Informationen zu der Festlegung einschließlich des Festlegungstextes sind unter dem Link

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Biomethan/start.html>

abrufbar.

Vfg Nr. 33/2024

Verfahren zur Festlegung der Höchstwerte für die Ausschreibungen für Biomasseanlagen des Jahres 2024 nach § 85a Absatz 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Die Bundesnetzagentur hat am 26.02.2024 unter dem Zeichen 4.08.01.01/1#26 die Höchstwerte der Ausschreibungen für Biomasseanlagen im Jahr 2024 festgelegt.

Weitergehende Informationen zu der Festlegung einschließlich des Festlegungstextes sind unter dem Link

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Ausschreibungen/Biomasse/start.html>

abrufbar.

Mitteilungen

Telekommunikation

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 103/2024

TKG § 12 Abs. 1 S. 2; Veröffentlichung der Stellungnahmen im Anhörungsverfahren zum Entwurf für eine Marktdefinition und -analyse betreffend den Markt für Dedizierte Kapazitäten (Markt Nr. 2 der Märkte-Empfehlung 2020) BK1-23/002

Zum Zweck der Durchführung einer nationalen Konsultation im Sinne des § 12 Abs. 1 TKG hat die Bundesnetzagentur am 06.12.2023 einen Entwurf für eine Marktdefinition und Marktanalyse betreffend den Markt für Dedizierte Kapazitäten (Markt Nr. 2 der Märkte-Empfehlung 2020) auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Die entsprechende Mitteilung Nr. 238/2023 erfolgte im Amtsblatt Nr. 23/2023. Damit wurde interessierten Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 19.01.2024 einschließlich gegeben. Es sind elf Stellungnahmen eingegangen.

Gemäß § 12 Abs. 1 TKG wird hiermit darauf hingewiesen, dass die Stellungnahmen zum Anhörungsverfahren im oben genannten Verfahren auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultation mit dem Aktenzeichen BK1-23/002 eingesehen bzw. heruntergeladen werden können. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind nach § 12 Absatz 1 Satz 2 TKG gewahrt.

BK1-23/002

Mitteilung Nr. 104/2024

TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192;

Regulierungsverfügung für den Markt 1 betreffend die GlasfaserPlus GmbH

Der Konsultationsentwurf wegen des Erlasses der Regulierungsverfügung betreffend den Markt 1 gegenüber der GlasfaserPlus GmbH kann ab dem **06.03.2024** im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultationen eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Stellungnahmen interessierter Parteien sind unter Angabe des Aktenzeichens BK3h-22/005 in elektronischer Form – jeweils in deutscher Sprache – zu richten an folgende E-Mail-Adresse:

BK3-Konsultation@bnetza.de

Bitte nutzen Sie für schriftliche Stellungnahmen **immer** das elektronische Postfach. Sie schonen damit nicht nur die Umwelt, sondern erleichtern der Beschlusskammer auch die Verarbeitung der Eingaben. Schriftsätze, die auf anderen Wegen (Fax/per Post) eingehen, können mitunter nur verzögert bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs. 1 S. 2 TKG im Internet der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Sofern eine Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten. Wenn keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und unverändert veröffentlicht werden kann, vgl. § 216 TKG.

Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

Das Konsultationsverfahren endet am 08.04.2024.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Konsultationsverfahrens ist eine öffentlich-mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 3 für **Dienstag, den 19.03.2024, 14 Uhr** terminiert worden.

Weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht werden.

Az.: BK3h-22/005

Mitteilung Nr. 105/2024

TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192;

Regulierungsverfügung für den Markt 1 betreffend die Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG

Der Konsultationsentwurf wegen des Erlasses der Regulierungsverfügung betreffend den Markt 1 gegenüber der Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG kann ab dem **06.03.2024** im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultationen eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Stellungnahmen interessierter Parteien sind unter Angabe des Aktenzeichens BK3h-21/010 in elektronischer Form – jeweils in deutscher Sprache – zu richten an folgende E-Mail-Adresse:

BK3-Konsultation@bnetza.de

Bitte nutzen Sie für schriftliche Stellungnahmen **immer** das elektronische Postfach. Sie schonen damit nicht nur die Umwelt, sondern erleichtern der Beschlusskammer auch die Verarbeitung der Eingaben. Schriftsätze, die auf anderen Wegen (Fax/per Post) eingehen, können mitunter nur verzögert bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs. 1 S. 2 TKG im Internet der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Sofern eine Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten. Wenn keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und unverändert veröffentlicht werden kann, vgl. § 216 TKG.

Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

Das Konsultationsverfahren endet am 08.04.2024.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Konsultationsverfahrens ist eine öffentlich-mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 3 für **Dienstag, den 19.03.2024, 10 Uhr** terminiert worden.

Weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht werden.

Az.: BK3h-21/010

Mitteilung Nr. 106/2024

TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192;

Regulierungsverfügung für den Markt 3b betreffend die Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG

Der Konsultationsentwurf wegen des Erlasses der Regulierungsverfügung betreffend den Markt 3b gegenüber der Glasfaser NordWest GmbH & Co. KG kann ab dem **06.03.2024** im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultationen eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Stellungnahmen interessierter Parteien sind unter Angabe des Aktenzeichens BK3b-22/014 in elektronischer Form - jeweils in deutscher Sprache - zu richten an folgende E-Mail-Adresse:

BK3-Konsultation@bnetza.de

Bitte nutzen Sie für schriftliche Stellungnahmen **immer** das elektronische Postfach. Sie schonen damit nicht nur die Umwelt, sondern erleichtern der Beschlusskammer auch die Verarbeitung der Eingaben. Schriftsätze, die auf anderen Wegen (Fax/per Post) eingehen, können mitunter nur verzögert bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs. 1 S. 2 TKG im Internet der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Sofern eine Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten. Wenn keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und unverändert veröffentlicht werden kann, vgl. § 216 TKG.

Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

Das Konsultationsverfahren endet am 08.04.2024.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Konsultationsverfahrens ist eine öffentlich-mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 3 für **Dienstag, den 19.03.2024, 10 Uhr** terminiert worden.

Weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht werden.

Az.: BK3b-22/014

Mitteilung Nr. 107/2024

TKG §§ 14 Abs. 2, 12 Abs. 1 i. V. m. 192;

Regulierungsverfügung für den Markt 3b betreffend die GlasfaserPlus GmbH

Der Konsultationsentwurf wegen des Erlasses der Regulierungsverfügung betreffend den Markt 3b gegenüber der GlasfaserPlus GmbH kann ab dem **06.03.2024** im Internet der Bundesnetzagentur unter Einheitliche Informationsstelle/Nationale Konsultationen eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Stellungnahmen interessierter Parteien sind unter Angabe des Aktenzeichens BK3b-22/015 in elektronischer Form - jeweils in deutscher Sprache - zu richten an folgende E-Mail-Adresse:

BK3-Konsultation@bnetza.de

Bitte nutzen Sie für schriftliche Stellungnahmen **immer** das elektronische Postfach. Sie schonen damit nicht nur die Umwelt, sondern erleichtern der Beschlusskammer auch die Verarbeitung der Eingaben. Schriftsätze, die auf anderen Wegen (Fax/per Post) eingehen, können mitunter nur verzögert bearbeitet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Stellungnahmen als Ergebnis des Konsultationsverfahrens gem. § 12 Abs. 1 S. 2 TKG im Internet der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden.

Sofern eine Stellungnahme Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung

ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten. Wenn keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält und unverändert veröffentlicht werden kann, vgl. § 216 TKG.

Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

Das Konsultationsverfahren endet am 08.04.2024.

Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Konsultationsverfahrens ist eine öffentlich-mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 3 für **Dienstag, den 19.03.2024, 14 Uhr** terminiert worden.

Weitere Details zur Durchführung werden zeitnah auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter „Termine der Beschlusskammern“ veröffentlicht werden.

Az.: BK3b-22/015

Mitteilung Nr. 108/2024

§§ 145 Abs. 2, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

Antrag der MDCC Magdeburg-City-Com GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Gewährung offenen Netzzugangs zu öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzen und Telekommunikationslinien

hier: BK11-24-001

MDCC Magdeburg-City-Com GmbH hat mit E-Mail vom 13.02.2024 folgenden Antrag auf Beilegung eines Streits mit der Telekom Deutschland GmbH gestellt:

Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, gegenüber der Antragstellerin die Bedingungen für eine Mitnutzung der gebäudeinternen Glasinfrastruktur in dem Objekt Werner-Heisenberg-Str. 25, 39106 Magdeburg (Speicher B) mitzuteilen. Weiter wird die Antragsgegnerin verpflichtet, der Antragstellerin ab dem 01.04.2024 die Mitnutzung der gebäudeinternen Glasfaserinfrastruktur in dem Objekt Werner-Heisenberg-Str. 25, 39106 Magdeburg (Speicher B) auf der Grundlage des § 145 Abs. 2 TKG zu fairen und diskriminierungsfreien Bedingungen, einschließlich der Nutzungsentgelte, zu ermöglichen, um Kunden der Antragstellerin in dem genannten Objekt mit telekommunikativen Diensten zu versorgen.

Das Verfahren wird unter dem Aktenzeichen BK11-24-001 geführt.

Eine öffentliche mündliche Verhandlung vor der Beschlusskammer 11 (Nationale Streitbeilegungsstelle des DigiNetz-Gesetzes) findet am 13.03.2024, 10:00 Uhr, im Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, statt.

Dabei wird sowohl eine **persönliche Teilnahme** in den Räumlichkeiten der Bundesnetzagentur als auch eine Teilnahme über **Video- oder Telefonzuschaltung** möglich sein.

Für die Videoteilnahme bedarf es der Verwendung des Plug-Ins von Web-Ex. Für die Teilnahme mittels Telefon sind keine weiteren Voraussetzungen erforderlich. Einwahldaten für die öffentliche mündliche Verhandlung werden rechtzeitig bekannt gegeben.

--

Personen oder Personenvereinigungen, deren Interessen durch die Entscheidung berührt werden, können die Beiladung zum Verfahren beantragen. Entsprechende Anträge sind zu richten an

Bundesnetzagentur
Beschlusskammer 11
Tulpenfeld 4,
53113 Bonn

oder elektronisch an: BK11.Postfach@BNetzA.de.

Hinweise:

1. Sofern eine Stellungnahme **Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse** enthält, wird um zeitgleiche Beifügung einer öffentlichen Fassung ohne Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gebeten (inkl. einer Liste, in der die Schwärzungen substantiiert begründet sind). Sofern keine öffentliche Fassung beigefügt wird, wird davon ausgegangen, dass die Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthält (vgl. § 216 TKG).

Soweit in dem Dokument **personenbezogene Daten** (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des/der Betroffenen in die Veröffentlichung der personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung zu schwärzen.

2. Gemäß § 215 Abs. 5 TKG kann die Beschlusskammer Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf einer gesetzten Frist vorgebracht werden, zurückweisen und ohne weitere Ermittlungen entscheiden, wenn ihre Zulassung nach der freien Überzeugung der Beschlusskammer die Erledigung des Verfahrens verzögern würde und der Beteiligte die Verspätung nicht genügend entschuldigt.

3. Stellungnahmen sind an die o. g. postalische oder elektronische Adresse zu richten.

4. Die öffentliche Fassung der Antragsunterlagen sowie die im Verfahren abgegebenen öffentlichen Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten werden den Beigeladenen zum elektronischen Abruf (Herunterladen) über GBG im Verfahrensordner BK11-23-014 bereitgestellt. Für die Nutzung der GBG ist eine einmalige Registrierung bei der Bundesnetzagentur erforderlich. Ausführliche Informationen hierzu erhalten Sie auf der Seite der Beschlusskammer 11 unter „Aktuelles“ oder unter dem Link www.bnetza.de/bk11aktuell. Sofern Sie als Nutzer registriert sind, können Sie die Dateien ab sofort und bis ca. sechs Wochen nach Beendigung des Verfahrens einsehen bzw. herunterladen.

Die nach § 149 Abs. 7 Nr. 2 TKG zweimonatige Regelentscheidungsfrist endet am 13.04.2024. Diese Frist kann bei außergewöhnlichen Umständen um höchstens zwei Monate verlängert werden, § 149 Abs. 8 TKG.

BK11-24-001

Mitteilung Nr. 109/2024**§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag der Telekom Deutschland GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze****hier: BK11-23-011**

In dem Streitbeilegungsverfahren auf Antrag der Telekom Deutschland GmbH (Antragstellerin) gegen die Flughafen München GmbH (Antragsgegnerin) wegen der Erteilung von Informationen über passive Netzinfrastrukturen hat die Beschlusskammer 11 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen mit Beschluss vom 24.01.2024 die folgende Entscheidung getroffen:

der Antrag wird abgelehnt.

BK11-23-011

Mitteilung Nr. 110/2024**§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag des Herrn Michael Rack (RSM Freilassing) auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze zu fairen und angemessenen Bedingungen****hier: BK11-23-013**

Der Zeitraum bis zur Entscheidung der Beschlusskammer in dem Verfahren BK11-23-013 wird sich verlängern.

Die Beschlusskammer macht insofern von der Möglichkeit der Verlängerung der Verfahrensfrist gemäß § 149 Abs. 8 TKG Gebrauch, sodass sich diese Frist in o. g. Verfahren um höchstens 2 Monate bis spätestens zum 25.04.2024 verlängert.

BK11-23-013

Mitteilung Nr. 111/2024**§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-017**

Der Zeitraum bis zur Entscheidung der Beschlusskammer in dem Verfahren BK11-23-017 wird sich verlängern.

Die Beschlusskammer macht insofern von der Möglichkeit der Verlängerung der Verfahrensfrist gemäß § 149 Abs. 8 TKG Gebrauch,

sodass sich diese Frist in o. g. Verfahren um höchstens 2 Monate bis spätestens zum 25.04.2024 verlängert.

BK11-23-017

Mitteilung Nr. 112/2024**§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-019**

Der Zeitraum bis zur Entscheidung der Beschlusskammer in dem Verfahren BK11-23-019 wird sich verlängern.

Die Beschlusskammer macht insofern von der Möglichkeit der Verlängerung der Verfahrensfrist gemäß § 149 Abs. 8 TKG Gebrauch, sodass sich diese Frist in o. g. Verfahren um höchstens 2 Monate bis spätestens zum 25.04.2024 verlängert.

BK11-23-019

Mitteilung Nr. 113/2024**§§ 149 Abs. 1 Nr. 1, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;****Antrag der Telefónica Germany GmbH & Co. OHG auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über die Mitnutzung passiver Netzinfrastrukturen öffentlicher Versorgungsnetze****hier: BK11-23-020**

Die Telefónica Germany GmbH & Co. OHG hat mit Schreiben vom 19.02.2024 ihren Antrag im o. g. Verfahren auf Beilegung des Streits mit der Autobahn GmbH des Bundes zurückgezogen. Aufgrund dessen wurde das Verfahren von der Beschlusskammer am 19.02.2024 eingestellt.

BK11-23-020

Mitteilung Nr. 114/2024**Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)**

Die Bundesnetzagentur wurde von der luxemburgischen Marktüberwachungsbehörde (ILNAS) darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Luxemburg nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgendes Produkt:



Produktart: E-Zigaretten
Markenzeichen: QST PUFF FLEX
Hersteller: DONGGUAN QST VAPOR Co., Ltd., China

Beschreibung der Nichtkonformität:

- die CE-Kennzeichnung auf der Verpackung wurde nicht richtlinienkonform vorgenommen
- die Angabe des Einführers fehlt auf dem Gerät
- die Angabe eines europäischen Verantwortlichen gemäß Artikel 4 (1) Marktüberwachungsverordnung (EU) 2019/1020 fehlt
- die Bedienungsanleitung ist fehlerhaft

Für das oben genannte Produkt soll die Bereitstellung auf dem europäischen Markt untersagt werden.

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 26 Absatz 1 EMVG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 115/2024**Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)**

Die Bundesnetzagentur wurde von der luxemburgischen Marktüberwachungsbehörde ILNAS darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Luxemburg nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgendes Produkt:

Produktart: E-Zigaretten
Modell: CAKY 7000
Markenzeichen: ELFWORLD
Hersteller: SHENZHEN FANGO TECHNOLOGY Co., Ltd., China

Beschreibung der Nichtkonformität:

- es fehlt die CE-Kennzeichnung auf der Verpackung
- es fehlt die Anschrift des Einführers auf dem Produkt bzw. die Angabe eines europäischen Verantwortlichen gemäß Artikel 4 (1) Marktüberwachungsverordnung (EU) 2019/1020 fehlt
- die Bedienungsanleitung ist fehlerhaft

Für das oben genannte Produkt soll die Bereitstellung auf dem europäischen Markt untersagt werden.

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 26 Absatz 1 EMVG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 116/2024**Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 26 Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln (EMVG)**

Die Bundesnetzagentur wurde von der luxemburgischen Marktüberwachungsbehörde ILNAS darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Luxemburg nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgendes Produkt:

Produktart: E-Zigaretten
Modell: nicht vorhanden
Markenzeichen: HQD
Hersteller: SHENZHEN HANQINGDA TECHNOLOGY Co., Ltd, China

Beschreibung der Nichtkonformität:

- die CE-Kennzeichnung auf der Verpackung wurde nicht richtlinienkonform vorgenommen
- es fehlt die Anschrift des Einführers auf dem Produkt bzw. die Angabe eines europäischen Verantwortlichen gemäß Artikel 4 (1) Marktüberwachungsverordnung (EU) 2019/1020
- die Bedienungsanleitung ist fehlerhaft

Für das oben genannte Produkt soll die Bereitstellung auf dem europäischen Markt untersagt werden.

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 26 Absatz 1 EMVG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 117/2024**Nachträgliche Veröffentlichung einer Stellungnahme zu einem Antrag auf Erlass einer Allgemeinverfügung nach § 73 Absatz 2 TKG zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze**

Gemäß § 73 Absatz 1 TKG ist der Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen am passiven Netzabschlusspunkt zu gewähren. Nach § 73 Absatz 2 TKG kann die Bundesnetzagentur von diesem Grundsatz Ausnahmen durch eine Allgemeinverfügung zulassen. Sie berücksichtigt dabei weitestmöglich die nach Artikel 61 Absatz 7 der Richtlinie (EU) 2018/1972 vom GEREK erstellten Leitlinien und wahrt die Endgerätewahlfreiheit nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2120.

Mit Mitteilung 118/2023 im Amtsblatt 13/2023 vom 12.07.2023 war ein Antrag zur Abänderung des Netzabschlusspunktes für Passive Optische Glasfasernetze veröffentlicht und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Die eingegangenen Stellungnahmen wurden am 08.11.2023 auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur veröffentlicht und auf die Veröffentlichung mit Mitteilung 204/2023 im Amtsblatt vom 08.11.2023 hingewiesen.

Hierbei wurde versehentlich die eingegangene Stellungnahme der Deutschen Telekom AG nicht veröffentlicht. Diese Stellungnahmen kann nun ebenfalls auf der folgenden Internetseite abgerufen werden:

www.bundesnetzagentur.de → Fachthemen → Telekommunikation → Unternehmenspflichten → Schnittstelle Netzabschluss.

Sofern diese nachträglich veröffentlichte Stellungnahme dazu Anlass gibt, erhalten die nach § 73 Absatz 2 Satz 3 TKG zu Beteiligten hiermit Gelegenheit, zu dieser Stellungnahme **bis zum 22. März 2024** bei der

Bundesnetzagentur
Referat 416
Postfach 80 01
53105 Bonn

schriftlich oder mittels E-Mail an 416.Postfach@bnetza.de

Stellung zu nehmen. Die Stellungnahmen sollten per Brief und zusätzlich als editierbare Datei per E-Mail übersandt werden.

Mitteilungen

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 118/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/047

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Thyssengas GmbH, Kampstraße 49, 44137 Dortmund hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 27.12.2019 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung von Armaturenstationen in NRW - Projekt Nr. 1/2018“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/047

Mitteilung Nr. 119/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/048

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Thyssengas GmbH, Kampstraße 49, 44137 Dortmund hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 27.12.2019 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung von Armaturenstationen in NRW - Projekt Nr. 2/2018“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.

3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/048

Mitteilung Nr. 120/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/049

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Thyssengas GmbH, Kampstraße 49, 44137 Dortmund hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 27.12.2019 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Anpassung des Transportsystems zur Umstellung eines Netzgebietes in NRW von L- auf H-Gas - Projekt Nr. 3/2018“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/049

Mitteilung Nr. 121/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-19/047**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Thyssengas GmbH, Emil-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 12.08.2020 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Reservierung der Verdichterstation Rysum und Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden -Projekt Nr. 4/2019“ wird teilweise genehmigt. Hinsichtlich des Teilprojekts „Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden“ wird die Investitionsmaßnahme abgelehnt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-19/047**Mitteilung Nr. 122/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/047A01**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Nowega GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 16.03.2022 beschlossen:

1. Die im Beschluss BK4-20-47 vom 01.07.2021 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „L/H-Gas Umstellung Netzbereich Rehden-Bassum/Bersenbrück“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2027.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/047A01**Mitteilung Nr. 123/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-15/0138W**

In dem Verwaltungsverfahren wegen der Genehmigung einer Investitionsmaßnahme gemäß § 23 ARegV gegenüber der Open Grid Europe GmbH, Kallenbergstraße 5, 45141 Essen, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 05.07.2021 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-15-138 vom 24.02.2016 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „GDRM-Anlage Leeheim“ wird widerrufen.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-15/138W**Mitteilung Nr. 124/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/050**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Open Grid Europe GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „GDRM-Anlage Heringhausen“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/050

Mitteilung Nr. 125/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/051**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Open Grid Europe GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 05.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „GDRM-Anlage Neuss Rheinpark und Verbindungsleitung“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/051**Mitteilung Nr. 126/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/053**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Open Grid Europe GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 05.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „GDRM-Anlage Kleinhammer und Verbindungsleitung“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/053**Mitteilung Nr. 127/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Gasbereich, hier: BK4-20/054**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Open Grid Europe GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 05.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Armaturenstation Iserloh Hennen und Verbindungsleitung“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/054**Mitteilung Nr. 128/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV
Strombereich, hier: BK4-20/014**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 23.03.2022 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leistungserhöhung im Raum Ober-Erlenbach“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/014

Mitteilung Nr. 129/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-20/038**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 15.10.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Ertüchtigung Stand-sicherheit Leupolz-Bundesgrenze (192)“ wird genehmigt, soweit durch die geplanten Ertüchtigungsmaßnahmen - im Hinblick auf den jeweiligen Mast und das jeweilige Leiterseil - der aktuelle Stand der Technik innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des jeweiligen Mastes und Leiterseiles von 40 Jahren erzielt wird.

Der Antrag wird abgelehnt, soweit durch die geplanten Ertüchtigungsmaßnahmen - im Hinblick auf den jeweiligen Mast und das jeweilige Leiterseil - der aktuelle Stand der Technik erst nach Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer des jeweiligen Mastes und Leiterseiles von 40 Jahren erzielt wird.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/038**Mitteilung Nr. 130/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/021**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 21.09.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Netzverstärkung Wolmirstedt-Klostermansfeld-Schraplau/Oberhausen-Lauchstädt“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.

3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-21/021**Mitteilung Nr. 131/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-15/077A02**

In dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der TenneT TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth vom 31.03.2020 auf Änderung der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Netzverstärkung zwischen Remptendorf (50Hertz) und Redwitz (TenneT)“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 20.05.2021 beschlossen:

Die mit Beschluss BK4-15-077 vom 22.03.2016 erfolgte Genehmigung eines Investitionsbudgets für das Projekt „Netzverstärkung zwischen Remptendorf (50Hertz) und Redwitz (TenneT)“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV geändert.

1. Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Netzverstärkung zwischen Remptendorf (50Hertz) und Redwitz (TenneT)“ in der technischen Ausführung des Änderungsantrags vom 31.03.2020 genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-15/077A02

Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn Tulpenfeld 4 53113 Bonn Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: amtsblatt@bnetza.de
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: amtsblatt@bnetza.de Der Versand erfolgt gegen Rechnung